

Ausschuß "Mensch und Technik"

Protokoll

15. Sitzung (nicht öffentlich)

3. Dezember 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE)

Stenograph: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Festlegung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

1

(Zu den Anträgen und Abstimmungen siehe
Vorlagen 11/884, 11/899 und 11/901.)

2 Sonstiges entfällt.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Festlegung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Zu Beginn äußert sich **Abgeordneter Hegemann (CDU)** zum Verfahren der Haushaltsberatungen und wirft die Frage auf, welchen Stellenwert Haushaltsberatungen in diesem Ausschuß noch einnehmen, wenn alle anderen Ausschüsse ihre Voten bereits abgegeben hätte, und wie man in Zukunft verfahren wolle. Es könne nicht richtig sein, keine Chance mehr zu haben, die Vorstellungen dieses Ausschusses zum Haushaltsplan in die Diskussion zu bringen. Gleichwohl werde die CDU heute Anträge stellen.

Bereits in der letzten Sitzung habe er, entgegnet **Abgeordneter Hellwig (SPD)**, sich dafür ausgesprochen, Haushaltsplanberatungen für die Zukunft zu organisieren und mit den entsprechenden Ministerien und Ausschüssen abzustimmen, welche Positionen aus den verschiedensten Haushalten in diesem Ausschuß behandelt werden sollten. Bisher habe es dazu nur eine theoretische Diskussion und keine Anzeichen für Antragstellungen gegeben. Wenn nun die CDU Anträge stelle, die Kürzungen in der Technikfolgenabschätzung vorsähen, seien diese für die Arbeit des Ausschusses wohl kaum hilfreich.

Es gebe aber, wendet **Abgeordneter Hegemann (CDU)** ein, die Maxime, wenn er den Finanzminister richtig verstanden habe, in diesem Jahr einen Konsolidierungshaushalt zu fahren, und die Anträge der CDU beinhalteten, bis auf eine Marginalie, keine Kürzungen, sondern nur die Streichung der Wünsche nach Mehrausgaben. Wenn in einem solchen "katastrophalen" Haushaltsjahr in der Technikfolgenabschätzung nichts gekürzt werde, könne man daran natürlich ihren Stellenwert ablesen.

Alle Ausschüsse sollten vielmehr ein Zeichen setzen. Im Gegensatz zur SPD habe die CDU angekündigt, daß sie Anträge stellen wolle, was auch konsequent sei, wenn in

Ausschuß "Mensch und Technik"
15. Sitzung

03.12.1991
es-ma

der Ausschußsitzung zuvor drei Ministerien jeweils eine Einführung zu den Haushaltsplanberatungen abgäben.

Für die Zukunft sollte überlegt werden, welche Bereiche bei den Haushaltsplanberatungen vom Ausschuß "Mensch und Technik" wahrgenommen würden. Eine "Quasiselbude" dürfe dieser Ausschuß nicht sein.

Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.) erwidert Herrn Hellwig, da die Regierung das alleinige Recht habe, einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen und das Parlament diesen dann ändern könne, sollte doch in den Beratungen zumindest festgestellt werden, was die Regierung geplant habe; deshalb seien solche Beratungen sinnvoll.

Abgeordneter Hellwig (SPD) konkretisiert seinen oben gemachten Vorschlag: Für den Haushaltsplanentwurf 1993 sollte man sich auf Positionen aus den Einzelplänen verständigen, für die dann dieser Ausschuß zuständig sei. Zum jetzigen Zeitpunkt werde die SPD die Anträge ablehnen, weil sie einmal das Verfahren für fehlerhaft halte, zum anderen sei sie davon überzeugt, daß die Anträge alles andere seien als eine Hilfe für die Tätigkeit dieses Ausschusses.

Eine neue Erfahrung sei es für sie, legt **Abgeordnete Dr. Schraps (CDU)** dar, daß die SPD die Beratung von Anträgen wohl davon abhängig machen wolle, was beraten wird; dies sei kein Stil, und das gebe es in keinem anderen Ausschuß. Wenn man den Haushalt konsolidieren wolle, könne nicht permanent erhöht werden, und das könne auch nicht auf 1993 verschoben werden, bis sich die SPD über die Zuständigkeit dieses Ausschusses im Haushalt kundig machen wolle.

Wenn nun die CDU die Arbeit der SPD übernehme und durch die Stellung der Anträge zur Konsolidierung des Haushaltes beitrage, sollten die Anträge auch beraten und von seiten der SPD mitgetragen werden: denn eine Streichung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Veranstaltungen täte ja nicht allzu weh, setzte aber ein Zeichen.

Als Vertreterin der GRÜNEN im Ausschuß bekräftigt die **Vorsitzende** die Auffassung ihrer Vorrednerin, daß es nicht angehe, Beratungen vom Inhalt von Anträgen abhängig zu machen; zwischen Inhalt und Verfahren müsse getrennt werden.

Ausschuß "Mensch und Technik"
15. Sitzung

03.12.1991
es-ma

Daraufhin erinnert sie an das bereits bestehende Einvernehmen aus der letzten Ausschußsitzung, für den Haushalt 1993 eigenständig zuständig zu werden und frühzeitig dazu das Signal zu geben. Darüber, welche Bereiche das sein könnten müsse rechtzeitig im neuen Jahr geredet werden. - Dieser Auffassung schließt sich der Ausschuß an.

Für die Haushaltsberatungen in diesem Jahr, fährt die **Vorsitzende** fort, könne pragmatisch so verfahren werden, daß die Fraktionssprecher beim Bedarf die Anliegen des Bereichs "Mensch und Technik" in den jeweiligen Anträgen vortragen.

Hinweis:

Den folgenden Ausführungen liegen die CDU-Anträge aus den Vorlagen 11/888 und 11/901 zugrunde, in denen auch die Abstimmungsergebnisse zu finden sind.

Zusammenfassend begründet **Abgeordneter Hegemann (CDU)** die Anträge seiner Fraktion wie folgt: Die Anträge der CDU-Fraktion blieben nicht hinter den Haushaltsansätzen 1991 zurück; sie respektierten lediglich die Erhöhungswünsche nicht im vollen Umfang. Im Ergebnis lägen die Ansätze noch über denen des vergangenen Jahres. Die Anträge bezögen sich in erster Linie auf das Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum -.

Die Öffentlichkeitsarbeit im Wissenschaftszentrum steige von 220 000 DM auf 495 000 DM; dies sei mehr als eine Verdoppelung. Die CDU sage ja zu 75 000 DM mehr, aber nicht zu 275 000 DM. Darüber hinaus sollten die Mittel für Veranstaltungen wie zum Beispiel für den Kongreß "Kultur und Technik" in Essen gekürzt werden, da sich herausgestellt habe, daß das Resümee bescheiden sei.

108 000 DM sollten für Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige gestrichen werden.

Zu Kapitel 02 060 führt er aus, der Zuschuß an das Institut für Klima, Umwelt und Energie, Wuppertal, solle um knapp 2 Millionen DM gekürzt werden. Im übrigen rege er an, sich mit dem Institut einmal zu befassen, ob es eine Bündelungsstelle oder eine Forschungseinrichtung sein solle. Er habe gedacht, daß es eine Einrichtung sei, in der geforscht werde; jedoch sei dies nur in einem geringen Umfange der Fall. Das

Land Nordrhein-Westfalen habe jedoch die Möglichkeit, diese Aufgaben im Forschungszentrum Jülich erledigen zu lassen. Deswegen sollte dieses Institut nicht weiter aufgebläht werden.

Auf eine Nachfrage des **Abgeordneten Kuschke (SPD)**, ob die Anträge bereits in anderen Ausschüssen gestellt worden seien und ob sie als Deckungsvorschläge gedient hätten, antwortet **Abgeordneter Hegemann (CDU)**, lediglich ein Antrag zum Wissenschaftszentrum sei schon im Hauptausschuß gestellt und ähnlich beschieden worden, wie er wohl hier auch beschieden werde.

Abgeordneter Hellwig (SPD) vermag die von der CDU vorgeschlagenen Kürzungen zum Wissenschaftszentrum, das erst vor knapp zwei Jahren seine Tätigkeit aufgenommen habe, nicht nachvollziehen. So habe zum Beispiel der Kongreß in Essen einmal gezeigt, daß die eingeleiteten Maßnahmen von anderen Institutionen mitfinanziert würden, zum anderen sei er von historischer Bedeutung gewesen.

Des weiteren habe beim Besuch des Wissenschaftszentrums der gleichzeitig anwesende Minister die Argumente des Ausschusses als eine zusätzliche Anregung begriffen, die Tätigkeit des Wissenschaftszentrums zu verstärken. Da dies die Auffassung des Ausschusses sei, könne er die Kürzungsvorschläge in diesem Fall nicht verstehen.

Hinsichtlich des Antrages zum Institut für Klima, Umwelt und Energie halte er den Umweltausschuß für zuständig.

Die **Vorsitzende** hält Öffentlichkeitsarbeit prinzipiell für vernünftig, und da der Ausschuß gerade den Dialog mit der Öffentlichkeit wolle, halte sie es auch für sinnvoll, diese Titel weiter zu erhöhen. Daher könne sie diesen Anträgen nicht zustimmen.

Hinsichtlich des Kongresses in Essen teile sie jedoch nicht die Auffassung, daß dieser von historischer Bedeutung gewesen sei; vielmehr habe sich gezeigt, daß die Zusammenarbeit der verschiedenen Säulen des Wissenschaftsministeriums nicht funktioniert habe; es seien im übrigen auch nicht alle Institute beteiligt gewesen.

Im Gegensatz zu Herrn Hellwig betont sie, daß das Institut für Klima, Umwelt und Energie natürlich zum Zuständigkeitsbereich dieses Ausschusses gehöre, gerade wenn man Technikfolgenabschätzung und -bewertung umfassend begreife. Sie halte dieses

Ausschuß "Mensch und Technik"
15. Sitzung

03.12.1991
es-ma

Institut für wichtig, da sie nicht glaube, daß die Forschungseinrichtung in Jülich die Aufgaben des Instituts in Wuppertal erfüllen könne.

Ministerialrat Inger (Staatskanzlei) stellt richtig, wie auf Seite 102 des Haushaltsplanentwurfs, Band 2, zu ersehen sei, betrage der Gesamtetat des Wissenschaftszentrums 395 000 DM, in denen eine echte Erhöhung um 400 000 DM für die Titelgruppe 60 enthalten seien. 200 000 DM davon seien im Einzelplan 06 im laufenden Jahr veranschlagt gewesen. Somit habe man nur 200 000 DM neu veranschlagt; alle anderen Beträge seien überrollt worden.

Die Öffentlichkeitsarbeit habe sich nicht um 10 % erhöht; die Ansätze seien durch Kürzungen zum Beispiel für den Kongreß "Kultur und Technik" in Höhe von 740 000 DM, der nicht wiederholt werde, ausgeglichen worden.

Abschließend kritisiert **Abgeordneter Hegemann (CDU)**, daß dies nicht heißen dürfe, wie er in einem Erläuterungsband gesehen habe, daß die Haushaltsansätze 1991 annäherungsweise erreicht werden müßten; sonst führe man Haushaltsberatungen ad absurdum.

Hinweis:

Die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN, ihre Begründungen und die Abstimmungsergebnisse befinden sich in der Vorlage 11/899.

Über die darin enthaltenen Begründungen hinaus fand keine Diskussion statt.

Als Berichterstatterin über die Haushaltsplanberatungen des Ausschusses "Mensch und Technik" vor dem Haushalts- und Finanzausschuß wird die **Vorsitzende** bestimmt.

Ausschuß "Mensch und Technik"
15. Sitzung

03.12.1991
es-ma

Zu 2 siehe Beschlußteil des Protokolls.

gez. Dr. Grüber

Vorsitzende

16.01.1992 / 20.01.1992
250